

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 84 (1997)
Heft: 5: Globalisierung : Arbeit : Schule

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

Erziehungsdepartement plant die Umsetzung des Leitbildes Schule

Das Erziehungsdepartement plant die Umsetzung des Leitbildes Schule Aargau in drei Etappen. Zumindest die beiden ersten Etappen sollen im Verlauf der kommenden Legislaturperiode 1997–2001 abgewickelt werden. Die erste der drei projektierten Revisionen des Schulgesetzes soll bereits diesen Sommer in die Vernehmlassung gehen. Sie umfasst die Themen 5-Tage-Woche, Einschulung, Überspringen von Klassen, integrative Schulungsformen und Aspekte der obligatorischen Schulpflicht. 1998 soll die entsprechende Volksabstimmung zur ersten Teilrevision stattfinden.

Pressemitteilung

Baselland

Die Vorlehre hat sich regional durchgesetzt

Nach dem Beispiel von Basel soll nun auch im Baselbiet die sogenannte Vorlehre definitiv eingeführt werden. Dieses Zwischenjahr nach Schulabschluss für Jugendliche, die aus den verschiedensten Gründen noch nicht für eine Berufslehre reif sind, ermöglicht eine schrittweise Annäherung an die Arbeitswelt und versteht sich auch als eine Massnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Der Bund zahlt mit.

⟨BaZ⟩, 3.2.97

Basel-Stadt

Arbeitslose Lehrkräfte

Zurzeit sind nur sehr wenige Lehrkräfte beim Kantonalen Arbeitsamt als stellenlos gemeldet, schreibt der Regierungsrat in der Antwort auf eine Interpellation von FDP-Grossrat Roman Geeser. Dieser hatte als Konrektor der Kantonalen Handelsschule und des Wirtschaftsgymnasiums aber vor allem die ungenügende Information der Schulleitungen über arbeitslose Lehrkräfte kritisiert. Der Regierungsrat ist mit dem Ziel eines guten Informationsaustauschs einverstanden. Das Arbeitsamt habe nun seit Ende 1996 eine Lösung vorgesehen, dass es einen Personalberater, der selbst als Lehrer ausgebildet ist, als Kontaktperson bezeichnen. Dieser kann auf Anfrage von Rektoren mittels eines elektronischen Systems von den Fä-

chern her geeignete Vikare eruieren und sie unverzüglich mit der jeweiligen Schulleitung in Kontakt bringen. Zudem empfehle das Arbeitsamt stellenlosen Lehrkräften, sich bei den Rektoren vorzustellen.

⟨BaZ⟩, 4.2.97

Bern

Los entscheidet über Aufnahme

Für viele Politiker ist das 10. Schuljahr eine «unnötige Ehrenrunde», und dem Zwischenjahr droht schon lange ein Abbau der Klassenzahl. Doch definitive Entscheide mögen die Behörden nicht treffen, denn die Nachfrage nach dem 10. Schuljahr ist kaum zu befriedigen. In der BFF stapeln sich lange vor Anmeldeschluss bereits 1327 Bewerbungen für einen der 600 Plätze. Erfahrungsgemäss ziehen zwar viele Jugendliche bis zum Beginn des Schuljahres ihre Anmeldungen wieder zurück, weil sie eine Lehrstelle antreten, die Gymnasiumsprüfung bestanden haben oder eine andere weiterführende Schule besuchen können. Trotzdem bleibt der BFF für die Zuteilung der Plätze nur das Auslosen übrig. Wer Pech hat, kommt auf eine Warteliste.

⟨BZ⟩, 7.3.97

Genf

Mit Religionsunterricht junge Menschen vor Sekten schützen

Eine Genfer Expertenkommission kommt zum Schluss, dass die Schweizer Gesetzgebung im Umgang mit Sekten weitgehend ausreichend ist. Nebst einer besseren Kontrolle von medizinischen Berufen fordert sie auch Religionsunterricht und Stärkung der Familien zum Schutz vor den Sekten.

⟨BaZ⟩, 19.2.97

Luzern

Pflichtstunden im Fach Turnen und Sport

Im Rahmen einer vom Grossen Rat verlangten Sparanstrengung für den Staatsvoranschlag 1996 hatte der Erziehungsrat 1995 unter anderem beschlossen, an den sechsten Klassen der kantonalen Gymnasien sowie an den

zweiten Klassen der kantonalen Seminarien die Turnstunden von drei auf zwei Lektionen zu reduzieren und änderte die entsprechende kantonale Verordnung in diesem Sinne. Gegen diesen Beschluss wurde von mehreren Eltern Beschwerde geführt, woraufhin das Verwaltungsgericht entschied, dass die Verordnungsänderung und die damit verbundene Reduktion der Turnstunden dem übergeordneten Bundesrecht widerspreche. Der Erziehungsrat hat nun die geänderte Verordnungsbestimmung wieder aufgehoben und somit die Stundenreduktion auf das Schuljahr 1997/98 rückgängig gemacht. Der vom Grossen Rat verlangte Spareffekt soll jedoch durch andere Massnahmen im Bereich Turnen und Sport erzielt werden.

Pressemitteilung

Nidwalden

Neue Orientierungsstufenmodelle in allen Schulgemeinden

Ab Schuljahr 1997/98 wird in allen Nidwaldner Schulgemeinden nach den Modellen der integrierten oder kooperativen Orientierungsstufe unterrichtet. Als letzte Gemeinde im Kanton hat sich die Schulgemeinde Oberdorf für die Realisierung des integrierten Modells entschieden. Die Erziehungskommission hat an ihrer Sitzung vom 14. Januar das Gesuch des Schulrats Oberdorf diskutiert und im Grundsatz genehmigt.

Pressemitteilung

Schwyz

Schwyz Erziehungsrat stoppt Schulreformprojekt

Im Kanton Schwyz werden Hausaufgaben nicht mehr in den Schulalltag integriert. Nach zum Teil heftigen Protesten vor allem von Lehrkräften, aber auch von Eltern hat der Schwyz Erziehungsrat sein landesweit beachtetes Reformprojekt wieder gestoppt.

«TA», 25.2.97

Heinz Moser

Schlaglicht

Schlag gegen die Chancengleichheit

Im schweizerischen Kanton Zürich wird der Besuch des Gymnasiums und der Lehrerbildung künftig ab dem 10. Schuljahr nicht mehr kostenlos sein. Die Weichen dazu stellte das Kantonsparlament im März 1997 in der ersten Lesung einer Gesetzesvorlage. Die Regierung schlägt einen Elternbeitrag von jährlich 800 Franken an den Mittelschulen und 1200 Franken an den Lehrerseminarien vor. «Tages-Anzeiger», 11. März 1997

Es mag sein, dass die vorgeschlagene Kürzung nicht so weh tut, wie es auf den ersten Blick erscheint. Doch die eingesparten 7,2 Millionen Franken gehen klar zu Lasten der privaten Haushaltbudgets. Und es beruhigt auch nicht, wenn die Befürworter des Schulgeldes festhalten, dass Härtefälle durch Schulgelderlass und Stipendien genügend abgesichert seien. Fällt doch die Erhebung von Schulgeldern in eine Zeit der wirtschaftlichen Krise, wo auch manche Leute den Gürtel enger schnallen müssen, denen es bisher immer gut gegangen war. Da sind achthundert Franken im Jahr kein Pappenstil.

Viel verheerender ist aber das politische Signal, das damit gesetzt wird. Nachdem im gegenwärtigen Gesellschaftswandel Bildung klar die wichtigste Ressource darstellt, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern, knausern wir gerade in diesem Bereich. Wir drücken damit aus, welchen Stellenwert Lehrerbildung und Gymnasien in unserem Staat haben. Die offensive Bildungspolitik seit den Sechzigerjahren hat vielen Kindern aus ländlichen Gebieten und unteren Schichten Bildungschancen verschafft, von denen ihre Eltern nie zu träumen wagten. Wollen wir diese erfolgreiche Entwicklung jetzt kurzfristig zurückdrehen?